26.03.2026

Rede der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushalt 2026:

Krisen treffen die Schwächsten - Einsatz schafft Gerechtigkeit

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Luyven,

sehr geehrte Frau Gansen,

liebe Kolleg*innen,

liebe Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung,

sehr geehrte Gäste,

mit einem ganz großen Dankeschön an unsere Kämmerin, Frau Gansen, starte ich meine Rede und möchte an dieser Stelle ausdrücklich auch all die Mitarbeiter*innen mit in den Dank hineinnehmen, die im Hintergrund an der Erstellung des diesjährigen Haushaltsentwurfs beteiligt waren.

Der Blick in den Haushalt 2026 zeigt uns: Wir stehen vor schwierigen finanziellen Herausforderungen. Selbst nach dem Abzug des globalen Minderaufwands ergibt sich ein Defizit von rund 7,3 Millionen Euro. Doch das ist nicht überraschend, bereits bei den letzten Haushaltseinbringungen wurde uns dies vorgestellt.

Dieses Defizit entsteht nicht, weil in Goch verschwenderisch gewirtschaftet wird. Dieses Defizit ist struktureller Art. Es entsteht, weil Kommunen bereits seit Jahren Aufgaben übernehmen müssen, die nicht auskömmlich von Bund und Land finanziert werden: Angefangen von der Kinderbetreuung über soziale und integrative Aufgaben. Goch erfüllt Pflichtaufgaben, die eigentlich höher finanziert sein müssten - und bleibt letztendlich, wie auch die anderen Kommunen, auf den Kosten sitzen. Hier wünschen wir uns vom

Bürgermeister, aber auch von allen demokratischen Parteien, wo es möglich ist, einen Einsatz über kommunale Grenzen hinaus.

Ein erst Anfang des Monats veröffentlichtes Positionspapier der GRÜNEN auf Landes- und Bundesebene zur Finanzlage der Kommunen in Deutschland geht unserer Überzeugung nach hier genau in die richtige Richtung. Denn wenn gerade von Bundesseite her die Kommunen immer weitere Aufgaben übertragen bekommen, braucht es hier langfristige Finanzierungskonzepte, beispielsweise durch eine Erhöhung des Anteils an den Gemeinschaftssteuern für die Kommunen.

Konsolidieren, um gestalten zu können

Im Bewusstsein der finanziellen städtischen Lage war für die GRÜNE Fraktion in diesem Jahr die Haushaltskonsolidierung ein Schwerpunkt. Nicht um des Sparens an sich willens, sondern weil eine Gegenfinanzierung die Grundlage bietet, wichtige Kernanliegen wie soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und eine sicherere klimafreundliche Mobilität für die Bürger*innen unserer Stadt umzusetzen. Eben weil wir wollten, dass Mittel für kluge Investitionen da sind, gingen wir das Thema Finanzen auch von der Ertragsseite her an.

1. **Keine pauschalen Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende**

   Wir schlugen vor, dass die monatlichen zusätzlichen Aufwandsentschädigungen für Ausschussvorsitzende nur noch in den Monaten gezahlt werden sollen, in denen der jeweilige Ausschuss tagt. Diese Änderung soll durchaus Signalwirkung haben. Wir möchten nicht nur bei den Bürger*innen sparen, sondern wollen, wo der Gesetzgeber die Möglichkeit geschaffen hat, auch Einsparpotenzial in der Politik nutzen.

2. **Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer**

   Mit unserem Antrag zur Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer wollen wir auch verstärkt die Unternehmen ins Boot holen. Die Gewerbesteuer ist in Goch seit geraumer Zeit stabil geblieben, während wir wiederholt Erhöhungen bei Grundsteuer A und B vornehmen. Aber nur dann, wenn wir weiterhin in Zukunftsaufgaben, in eine gute Infrastruktur, in Integration und soziale Gerechtigkeit investieren, wird Goch ein lebenswerter Ort sein, wo die Menschen leben und arbeiten wollen. Eine Erhöhung der Gewerbesteuer käme so letztendlich auch den Gewerbetreibenden zugute.

3. **Anpassung der Parkgebühren**

   Ein weiteres Instrument zur Verbesserung der Einnahmen ist die Erhöhung der Parkgebühren. Die zur Zeit erhobenen Parkgebühren sind nicht mehr zeitgemäß. Seit Jahren liegt Goch hier deutlich niedriger mit den Gebühren als die umliegenden Städte oder auch die niederländischen Kommunen. Die Stadt Goch stellt den öffentlichen Raum zu Schleuderpreisen für KFZ-Halter zur Verfügung. Doch angepasste Gebühren fördern einen bewussteren Einsatz des PKWs, steigern die Einnahmen der Stadtkasse und setzen ein Zeichen für nachhaltige Verkehrspolitik. Im Übrigen lassen sich höhere Parkgebühren nicht gleichsetzen mit Einbußen für den Handel. Vielmehr führen höhere Parkgebühren in der Regel zu weniger PKW-Verkehr

und erhöhen die Aufenthaltsqualität in der Stadt. Verbunden mit weiteren Maßnahmen zu einer fußgänger- und fahrradfreundlichen Stadt wird die Stadt belebt; denn Kunden, die zu Fuß, mit dem Rad oder dem ÖPNV in die Stadt kommen, sind oft zahlreicher und besuchen die Innenstadt häufiger als Autofahrende.

Zusammenfassend kann ich sagen, diese drei vorgeschlagenen Maßnahmen zeigen:, Haushaltskonsolidierung, kann sozial gerecht, nachhaltig und ökonomisch vernünftig zugleich sein.

Wir machen Finanzierungsvorschläge, um als Politik handlungs- und gestaltungsfähig zu bleiben.

Bedauerlicherweise fanden sich jedoch für diese drei beschriebenen Anträge im Haupt- und Finanzausschuss keine Mehrheiten. Sicherlich ist es nicht schön, unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Aber noch fataler ist es doch, wenn aufgrund fehlender Einnahmen keine guten Ideen und keine wichtigen Entscheidungen in der Stadt umgesetzt werden können.

Schade, hier hätten wir uns mutigere Entscheidungen der anderen Fraktionen gewünscht und damit Zustimmung zu unseren Anträgen gewünscht. Zumal von den Parteien der Listenverbindung keine Vorschläge zur konkreten Ertragssteigerung oder Ausgabenminimierung vorgelegt wurden.

Doch kommen wir nun zu den Haushaltsanträgen, die uns in diesem Jahr wichtig waren:

1. **Eine zusätzliche Stelle für die Bearbeitung von Wohngeldanträgen**

   Wir beantragten die Einrichtung einer Stelle im Bereich der Wohngeldbearbeitung, damit Hilfen zügig dort ankommen, wo sie benötigt werden. Denn: Die Bearbeitung der Wohngeldanträge ist zur Zeit nicht in einem angemessenen Zeitraum möglich. Auf unsere Anfrage hin wurde mitgeteilt, dass es bis zu acht Monate von der Antragsstellung bis zum Bescheid dauern kann. Dies ist nicht zumutbar. Durch den Einsatz von Auszubildenden in der Wohngeldbearbeitung kam es zwischenzeitlich zwar zu einer Entlastung, doch dies stellt ja keine dauerhafte Lösung dar.

   Die Verwaltung begrüßte daher die Schaffung einer weiteren Stelle und äußerte sich positiv zur Möglichkeit einer Besetzung. Dass eine Stellenbesetzung erfolgen wird, wenn die Stelle, wie von den Vorsitzenden der SPD und CDU gewünscht, befristet ausgeschrieben wird, wurde seitens der Verwaltung als unrealistisch beschrieben. Überraschenderweise wurde letztendlich unser Antrag trotz des geäußerten Bedarfs mit großer Mehrheit im Haupt- und Finanzausschuss abgelehnt.

   Anspruchsberechtigte werden also weiterhin wochen-, wenn nicht monatelang, sehnlichst auf das Eintreffen des Bescheides warten müssen.

   Wir stellen uns die Frage, wer von den Ratsmitgliedern, der gegen diesen Antrag gestimmt hat, denn nun den Wohngeldempfängern erklären mag, warum sie weiterhin solange auf den Bescheid warten müssen bzw. wer den Sachbearbeiter*innen erklären mag, warum sie im Vergleich zu anderen Kommunen

eine deutlich höhere Fallbearbeitungszahl und damit eine höhere Arbeitsbelastung haben.

2. **Fahrradabstellanlagen am Goli-Theater**

   Ein Antrag, der eigentlich selbsterklärend ist. Fast jede und jeder von uns kennt die Situation vor dem Goli-Theater. Geeignete Fahrradabstellplätze gibt es hier nicht, was dazu führt, dass es bei Veranstaltungen auf dem Fuß- und Radweg eng wird. Wenn wir es wirklich ernst meinen, dass unsere Stadt fahrradfreundlicher werden soll, so muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass es vor gut besuchten Veranstaltungsorten auch gute Abstellmöglichkeiten für Räder gibt.

   Es ist nicht akzeptabel, dass Parkplätze für PKWs dort bevorzugt vorgehalten werden. Dies vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass da, wo **ein Auto** stehen kann, welches im Durchschnitt mit ein bis zwei Personen besetzt ist, auch **7-10 Fahrräder** abgestellt werden können. Der Verweis der CDU, dass man doch auch die Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt oder gar am Bahnhof nutzen könne, zeigt, dass das Ziel einer fahrrad- und fußgängerfreundlichen Stadt offensichtlich noch nicht von allen Parteien in Goch gelebt wird. Da sich nun für diesen Antrag keine Mehrheit abzeichnete, wurde dieser Antrag dann auf unseren Vorschlag hin in den Umwelt- und Verkehrsausschuss geschoben. Wir hoffen, dass wir dort für dieses Thema dann doch noch eine gute Lösung mit Mehrheit finden werden.

3. **Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmende am Südring/Höhe Frauentorplatz**

   Wir stellten den Antrag auf Entschärfung des Unfallhäufungspunktes an der Fußgängerampel Südring/Frauentorplatz. Eine zum großen Teil durch Landesmittel finanzierte Vollbeampelung an der Kreuzung kann hier Unfälle verhindern und Schulwege sicherer machen. Dies ist bereits als Maßnahme im verabschiedeten Radverkehrskonzept beschrieben und sollte unserer Meinung nach baldmöglichst umgesetzt werden.

   Dieser Antrag wurde in den Umwelt- und Verkehrsausschuss geschoben. Dort werden wir uns weiterhin für eine Umsetzung stark machen.

4. **Barrierefreier Ausbau der Ersatzhaltestelle am Südring**

   Aufgrund der baulichen Gegebenheiten wird es hier vermutlich zu einer Verlegung der Haltestelle kommen. Dies soll nun geprüft werden.

5. **Beschattung an Spielplätzen und Trinkwasserspender**

   Nach Diskussion fand sich für unseren Antrag der Beschattung an Spielplätzen mit Bäumen und reduziertem Ansatz von 15.000 € für 2026 eine Mehrheit. Ebenso zeigte sich Herr Carlo Marks offen dafür, weitere Trinkwasserspender im Stadtgebiet aufzustellen und wollte dies mit in den Aufsichtsrat der Stadtwerke nehmen.

   So freuen wir uns hier zumindest darüber, dass bei diesem Antrag eine Einigung möglich war. Gerade an heißen Sommertagen braucht es insbesondere für Familien, die keinen Garten zur Verfügung haben, kühle Orte, wo man sich gut und gerne mit Kindern aufhalten kann.

Unser Fazit:

Keiner unserer drei Anträge zur Haushaltskonsolidierung wurde angenommen. Das ist erschreckend. Herausfordernde Zeiten brauchen mutige Entscheidungen. Warum nicht jetzt? Spätestens, wenn wir in die Haushaltssicherung kommen, wird auch die Gewerbesteuer erhöht werden. Andere Kommunen im Kreis haben dies nun schon vor uns getan und bedenkt man zudem, dass die Grundsteuerreform 2025 Gewerbeimmobilienbesitzer eher entlastet und Wohnimmobilienbesitzer eher belastet hat, ist die Anhebung der Gewerbesteuer letztlich nur eine nachzuvollziehende folgerichtige Maßnahme.

Ebenso zeigte sich keine Mehrheit bezüglich einer Erhöhung der Parkgebühren, auch dieses Thema wird doch jetzt einfach nur nach hinten geschoben. Nichts spricht dagegen zum jetzigen Zeitpunkt und vielleicht sogar gerade zum jetzigen Zeitpunkt, mit dem Aufstellen der neuen Parkautomaten, die Gebühren anzuheben. Aussagen, dass man erst einmal das integrierte Stadtentwicklungskonzept abwarten müsse, sind nicht nachvollziehbar und bringen die Stadt um Einnahmenzuwächse.

Schade auch, dass nur wenige Mitglieder des Haupt- und Finanzausschuss bereit waren, eine mögliche Satzungsänderung zu tragen, um Ausschussvorsitzende nur noch zusätzlich in den Monaten zu entlohnen, in denen Sitzungen stattfinden. Ein Zeichen der Politik wäre in diesen Zeiten doch auch ein schönes Signal gewesen.

Was uns aber in diesem Jahr am meisten bedrückt, ist das unbedachte Ablehnen der Wohngeldstelle. Hier gruselt es uns, wenn wir erleben müssen, dass sachlich gut begründete Wünsche der Verwaltung beiseite geschoben werden. Wie groß muss der Druck erst werden? Möchte man es riskieren, dass Menschen klagen? Warum mutet man dies den Antragstellern zu und wie bereits erwähnt, warum auch den Bediensteten? Wir sind enttäuscht-auch menschlich.

Dem Haushaltentwurf 2026 sowie dem Stellenplan können wir aus diesen Gründen nicht zustimmen.

Bezüglich unserer anderen Anträge werden wir am Ball bleiben und uns in den Ausschüssen dafür einsetzen, dass der Kreuzungspunkt Hülmer Str./Südring entschärft wird, dass man Goli-nah sein Fahrrad sicher abstellen kann und dass Haltestellen barrierefrei und sicher in unserer Stadt eingerichtet werden.

Neben all diesen Beispielen dürfen wir aber nicht vergessen, dass angesichts des ständig fortschreitenden Klimawandels weiterhin eine große Aufgabe bleibt, die auch die Kommune bei ihrem Handeln zu bedenken hat:

Den Schutz des Klimas und auch die Klimafolgenanpassung. Der menschengemachte Klimawandel ist kein abstraktes Konstrukt, sondern durch wissenschaftliche Daten und Fakten eindeutig belegte Realität.

Denn nur wenn wir auch auf kommunaler Ebene beherzt handeln, können immense Folgekosten vermieden bzw. zumindest reduziert werden. Wir sind es, die in der Pflicht stehen, unseren Kindern und Enkelkindern eine bewohnbare Erde zu hinterlassen. Extremwetterereignisse werden auch den Niederrhein treffen, sei es Starkregen, seien es Stürme oder auch längere Hitze- und Dürreperioden.

Darum werden wir uns auch zukünftig für folgende GRÜNEN Kernanliegen in Goch einsetzen und auf Mehrheiten hoffen:

für soziale Gerechtigkeit,

für sichere und nachhaltige Mobilität,

und für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung.

Vielen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort.

Kathrin Krystof

Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, im Rat der Stadt Goch